

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönahl, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radeworth, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 284

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, 11 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Freitag, den 5. Dezember

Ercheint: wöchentlich 6 mal
Gratistheilen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die deutsche Protestnote an den Völkerbund wegen der polnischen Terrorakte wurde bekanntgegeben.

* Der Reichstag ist nach längerer Pause wieder zusammengetreten.

* Im Schloß Saschwitz im Landkreis Breslau wurden 150 Nationalsozialisten festgenommen und Waffen beschlagnahmt.

Hochspannung.

Die Reichsregierung hat nun kurz entschlossen den Sprung in die brausenden Fluten des Reichstages getan und schon bis Sonnabend soll es sich zeigen, ob sie sich zum andern Ufer hindurchkämpfen wird oder ob sie im Strudel einer Ablehnung ihrer neuesten Notverordnung versinkt. Der Sprung erfolgte unter einem für Dr. Brüning nicht ungünstigen Vorzeichen: die dem Haushaltsausschuß des Reichstages überreichte Notverordnung vom 17. Juli ist weder abgelehnt noch auch nur abgeändert worden. Die Opposition, die mit ihrem Aufhebungsantrag bereits in der letzten Oktoberwoche gescheitert war, vermochte auch jetzt im Ausschuß nicht, die Mehrheit für den gleichen Antrag zu erreichen, wonach die Notverordnung außer Kraft gesetzt werden soll. Darüber hinaus stellte sich der Ausschuß auf den Standpunkt, daß er Veränderungen an der Notverordnung nicht beschließen könne; das dürfe nur die Vollversammlung des Reichstages selbst durch Annahme entsprechender Initiativanträge tun. Aber dabei ist es immer noch sehr die Frage, ob dann solche Anträge nun auch im Plenum Annahme finden, selbst wenn das im Ausschuß geschehen wäre. Was die Sozialdemokratie an Änderungen wünschte, ist bereits in der neuen Notverordnung verwirklicht worden, wenigstens zum Teil.

Hinsichtlich der neuen Notverordnung ist die Lage aber gespannt. Denn jetzt soll es das damalige Ausweichen, also die Überweisung an den Reichstagsausschuß, nicht mehr geben, obwohl gegen recht zahlreiche Bestimmungen der Notverordnung vom 1. Dezember starke Bedenken auch von der Seite her vorgebracht worden sind, die grundsätzlich für die Aufrechterhaltung eintritt; das gilt besonders für die Erhöhung der Tabaksteuer. Trotzdem will sich Dr. Brüning anscheinend auf nichts mehr einlassen, sondern die offene Feldschlacht eines unbedingten Ja oder Nein hinsichtlich des Inkraftbleibens der Dezemberverordnung wagen. Die Mehrheitsverhältnisse haben sich für ihn ungünstig entwickelt, da die Wirtschaftspartei ihr Hinüberweichen zur grundsätzlichen Opposition nun auch praktisch dadurch zum Ausdruck brachte, daß sie im Reichstagsausschuß für die Aufhebung der Juliverordnung gestimmt hat. Und damit ist die Spannung, die Ungeklärtheit darüber noch höher geworden, ob dem Reichskabinett und den hinter bzw. neben ihm stehenden Parteien der Sieg zufällt oder der Opposition. Allerhand taktische Manöver, die in Vorbereitung oder bereits eingeleitet sind, fügen noch einige „Salzförner“ dem jetzt auf den Tisch des „Hohen Hauses“ getragenen Gerüst hinzu.

Gleichzeitig damit hat aber eine ganz andere Spannung einen überaus treffenden Ausdruck gefunden: Die Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages über die Beziehungen Deutschlands zu Polen sind eine Entladung jener Hochspannung, die durch die bekannten Vorgänge der jüngsten Zeit in Vommereilen und namentlich in Ostoberschlesien nicht erst geschaffen wurden, sondern nur sich in stärkerer Weise verschärft haben. Der Ausschuß ist weit hinausgegangen über die Schritte, die die Reichsregierung selbst mit ihrer Protestnote an den Völkerbund getan hatte. Einmütig verlangt er, daß die Reichsregierung alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwendet, um den polnischen Verfolgungen und Verdrückungen ein Ende zu machen, den geschädigten Deutschen in Polen Entschädigungen zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß derartige in Zukunft nicht mehr möglich ist. Was damit zum Ausdruck gebracht wird, ist nur das, was man überall in Deutschland, ohne Unterschied der Parteien, von der Regierung verlangt. Vor allem soll das vom Reichstag bereits genehmigte deutsch-polnische Liquidationsabkommen durch Annulierung des betreffenden Beschlusses rückgängig gemacht werden; leider ist es ja eine unbefriedigbare Tatsache, daß die damals von Dr. Curtius ausgesprochene Hoffnung auf eine Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen sich nicht erfüllt hat, obwohl deutscherseits sehr weitgehende finanzielle Zugeständnisse gemacht worden sind. Und selbst unseren Gegnern draußen in der Welt dürfte es schwerfallen, bei uns die Schuld für die geradezu unerträgliche Steigerung dieser Spannungen zu finden. Wenn man außerdem von der Reichsregierung verlangt, alle Verhandlungen mit Polen über einen Handelsvertrag oder sonstige wirtschaftlichen Abkommen sofort abzubrechen, so grenzt das schon hart an einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Ebenso hat man von der Regierung gefordert, sie solle mit der Teilnahme einer deutschen Delegation bei den Senfer „Abrüstungs“-Verhandlungen Schluss machen, was man im Hinblick auf die letzten, sehr sonderbaren Vorkommnisse und Beschlüsse dieser Kommission durchaus verstehen würde. Was aber der Reichstag selbst diesen Antrag seines Ausschusses billigt, dürfte die Tragikomödie in Genf überhaupt schon zu Ende sein, die alles andere getan als dazu beigetragen hat, die weltpolitischen Spannungen in der Abrüstungsfrage irgendwie zu mildern.

Warum Notverordnung?

Der Reichsfinanzminister

verteidigt sein Werk.

Ruhiger Reichstagsbeginn.

Berlin, 3. Dezember

„Der große Belagerungsstand ist ausgerufen worden, wir verlangen seine Beseitigung und die sofortige Zurückziehung der Polizei“, ruft der kommunistische Zörgler nach Eröffnung der Sitzung des Reichstages in den Saal. In der Tat hat die Polizeiverwaltung ganz außerordentliche Maßnahmen getroffen, um eine Wiederholung der Vorgänge bei dem ersten Zusammentritt des Reichstages unmöglich zu machen.

Dichte Schutzmannsketten sperren alle Zugänge zum Parlament. Strenge Kontrolle wird geübt, und nur nach peinlichster Siebung gelingt es den berufenen Abgeordneten und den sonst durch Erlaubnisse zugelassenen Leuten, die Bannlinie zu durchschreiten. Das Interesse des Publikums ist übrigens viel geringer als damals, die Schupos sind auf dem Posten, finden aber eigentlich keine ernsthaftere Betätigung, als hier und da einen Neugierigen zurückzuweisen. Auch die in Erwartung besonderer Sensationen aufmarschierten Tonfilmapparaturen kommen nicht auf ihre Rechnung, sie können geruhig wieder nach Hause fahren, es gibt wirklich nichts zu filmen oder zu vertonen.

Im Plenarsaal ziemlich, aber kein außerordentlicher Andrang. Das Verlangen Zörglers wird durch Widerspruch abgelehnt. Reichsfinanzminister Dietrich begründet den Haushaltsplan für 1931, dessen Beratung ursächlich mit der neuen Notverordnung verbunden ist. Dietrich kann nichts anders tun, als das soundso oft bekanntgegebene Zahlenmaterial nochmals wiederholen, was natürlich nur gedämpfte Aufmerksamkeit findet. Einige schwache Zwischenrufe von Nationalsozialisten und Kommunisten, denen der Präsident des Hauses milde abwehrend mit Mahnungen zur Ruhe entgegentritt.

Zur eifrigen Mitarbeit am Reformwerk ruft der Minister am Schluß die Reichsboten auf. Die Regierung sei entschlossen, ihrerseits alles zu tun, ohne Verletzung der Verfassung, um Ordnung zu schaffen.

So endet der vermeintliche große Tag in fast gutartiger Stimmung. Doch man soll sich nicht täuschen, vielleicht ist es nur die Ruhe vor dem Sturm, der morgen kommen soll.

Sitzungsbericht.

(7. Sitzung.)

OB. Berlin, 3. Dezember.

Bei Eröffnung der Sitzung sind Haus und Tribünen überfüllt. Anwesend sind Reichsminister Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dietrich, Außenminister Curtius, Wehrminister Gröner und weitere Mitglieder des Kabinetts. Etwa 30 Anträge auf Erteilung der Genehmigung zur Einleitung von Strafverfahren gegen Abgeordnete, u. a. gegen den braunschweigischen Minister Franken, werden dem Geschäftsausschuß überwiesen. Abg. Zörgler von den Kommunisten verlangt die Entfernung der Polizei aus dem Reichstag. Dem Antrag wird widersprochen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1931. Sofort nimmt

Reichsfinanzminister Dietrich

das Wort dazu. In langer Rede legt er die bereits bekanntgegebenen Tatsachen dar. Der Haushalt ist gegenüber dem Vorjahr um nahezu 1½ Milliarden Mark gesenkt. Dieses Ergebnis wurde im wesentlichen erreicht durch eine Reihe von Maßnahmen, die in der letzten erschienenen Notverordnung enthalten sind. Darüber hinaus sind die Länderüberweisungen um 100 Millionen Mark gekürzt worden. Die dritte und wichtigste Maßnahme war die

Selbständigmachung der Arbeitslosenversicherung.

Das Jahr 1930 wird hier mit einem Defizit von ungefähr 500 Millionen Mark abschließen. Zu den Schwierigkeiten bei der Arbeitslosenfürsorge trat der ständig wachsende Einnahmerrückgang. Für das ganze Jahr ist er auf 900 Millionen Mark geschätzt worden. Soweit die Arbeitslosenversicherung bei der Entfernung der Gefahrenmomente in Frage kommt, ist das dadurch geschehen, daß nur 420 Millionen Mark für Krisenunterstützung eingesetzt sind. Das Aufkommen an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben ist um 1143 Millionen Mark gegenüber dem Soll von 1930 heruntergeschätzt. Trotzdem war es notwendig.

So ist denn nicht bloß Deutschland mit politischem Zündstoff überreichlich versehen, sondern auch rings um uns ist die Welt erfüllt mit teilweise gefährlichen Hochspannungen. Und in dieser Atmosphäre hat nun der Deutsche Reichstag das Wort.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Kommunisten verlangen Aufhebung der Notverordnung.

Im Reichstag ist von der kommunistischen Fraktion ein Antrag eingegangen, der die sofortige Aufhebung der neuen Notverordnung verlangt. Ferner hat sie einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingebracht.

Ermäßigung der Kartoffelfrachten.

Mit Wirkung vom 4. Dezember d. J. sind die Frachtsätze für frische Kartoffeln (Ausnahmetarif 16a) um zehn Prozent ermäßigt worden.

neue Einnahmen in Höhe von 760 Millionen zu schaffen. Dieser Ausgleich konnte nur bei Steuern auf den entbehrlichen Genuß gesucht werden. Es blieb letzten Endes nur der Tabak übrig. Der vorliegende Haushaltsplan soll nach der Notverordnung gleichzeitig die Grundlage für 1932 und 1933 bilden, da die Gesamtsumme in diesen Jahren nicht überschritten werden soll.

Über die Frage der Ersparnismaßnahmen

herrscht in der öffentlichen Meinung ungeheure Verwirrung. Nach Abzug der Überweisungen, der inneren und äußeren Kriegslasten und der Mittel für Verzinsung und Tilgung der Reichsschulden verbleiben für den eigentlichen Reichshaushalt 2½ Milliarden Mark an dem die einzelnen Abstriche von weit über einer Milliarde Mark gemacht worden sind.

Die besonders unpopuläre Maßregel der Gehaltskürzung ist zu beklagen. Es steht aber fest, daß wir im Jahre 1927 bei der Besoldungsreform uns in der Leistungsfähigkeit getäuscht haben. Deshalb ist damals glücklicherweise bestimmt worden, daß die Gehaltsbemessung widerruflich sei. Begabungen ist aus der Notverordnung die ursprünglich geplante Besoldungssperre für die Gemeindebeamten; solche wäre verfassungsändernder Natur gewesen. Das Pensionskürzungsgesetz liegt dem Reichstag vor, die Bestimmungen über die Senkung der Realsteuern enthalten die wesentliche Anordnung, daß die Realsteuern im Jahre 1931 nicht erhöht werden dürfen.

Ersparnisse in Zukunft sind bei Verwaltungsausgaben des Finanzministeriums und des Arbeitsministeriums geplant, und zwar durch den Abbau der Versorgungsämter und durch

die Steuervereinfachung.

Von rund 1,5 Millionen Landwirten, die bisher auf ihr Einkommen geprüft wurden, und von 869 000 Landwirten, die bisher steuerpflichtig waren, bleiben nach dem neuen Gesetz noch 43 000 übrig, die einkommensteuerepflichtig sein werden. Aus der Vermögenssteuer fällt die Hälfte aller Veranlagten heraus, ebenso aus der Umsatzsteuer.

Bedeutung für die Entwicklung der Finanzen ist die Frage, wie das im Auslande angelegte deutsche Kapital zurückgeschafft werden kann. Der gewaltige Abfluß an Geld nach den Wahlen vom 14. September ist nur zu einem kleinen Teil auf Kapitalflucht und zum größeren Teil auf die Zurückziehung ausländischer Kredite zurückzuführen.

Die Reichsregierung will bei Gelegenheit

eine Steueramnestie

erlassen. Die Kassenlage des Reiches am 1. Dezember umfaßte einen verfügbaren Bestand von 24 Millionen Mark. Kassen-schwierigkeiten sind nicht zu befürchten. Zum Ende des Finanzjahres wird noch einmal eine stärkere Anspannung der Reichskasse erfolgen aus der Krisenfürsorge und der Arbeitslosenfürsorge.

Der Finanzausgleich

Ist bisher noch nicht möglich gewesen. Sowohl die direkten als auch die indirekten Steuern in Deutschland sind auf das höchste Maß angespannt, aber der Etat ist ausgeglichen und die Gefahrenmomente des laufenden Jahres sind beseitigt. Die Bewilligung dieses Etats in Zusammenhang mit der Notverordnung wird imstande sein, den Kredit und die Aktionsfähigkeit des Reiches auf die Dauer zu gewährleisten. Das Reich ist in keiner akuten Gefahr.

und alle unsere Maßnahmen sind auf der Überlegung aufgebaut, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Winter noch stark wachsen wird, aber wir müssen die letzten Sorgen bald überwinden, wenn Sie uns (zum Reichstag gewandt) helfen.

Die Reichsregierung will alles vermeiden, was irgendwie mit der Verfassung in Widerspruch steht. Es ist bedauerlich, daß wir zu einer Notverordnung greifen mußten, aber die Verhältnisse haben uns dazu gezwungen. Wenn lediglich vereinende Parteien im Parlament sitzen, so muß der Einfluß des Parlaments zurückgehen. Arbeiten Sie mit zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Festigung des Staates.

Im allgemeinen wurde diese Rede ruhig angehört, nur dann und wann unterbrochen durch die Zwischenrufe der radikalen Linken und Rechten.

Nach der Rede des Reichsfinanzministers Dietrich wurde die Beratung abgebrochen. Einsprüche der nationalsozialistischen Abgeordneten Heines und Rosenbergs gegen den früheren Ausschluß von den Reichstagsitzungen werden zurückgewiesen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Donnerstags. Auf der Tagesordnung stehen die Aussprachen zur ersten Lesung des Reichshaushalts für 1931. Damit verbunden ist die neue Notverordnung, die Anträge auf Aufhebung dieser Verordnung und die Mißtrauensanträge gegen das Reichskabinett. Ein Antrag des thüringischen Ministers Dr. Frid (Nat.-Soz.), auch noch die zweite und dritte Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1930 auf die Tagesordnung zu setzen, der noch nicht verfassungsmäßig erledigt ist, wird abgelehnt. Damit schließt die Sitzung.

Südslawien.

Beschwerde der deutschen Minderheit in Südslawien.

Eine Beschwerde der deutschen Minderheit in Südslawien wird jetzt in einem Dreierausschuß des Völkerbunds zur Verhandlung gelangen. Die deutsche Minderheit in Südslawien stellt in ihrer Beschwerde fest, daß die südslawische Regierung die Artikel 7 und 8 des Minderheitenvertrages zwischen Südslawien und den alliierten Mächten vom 10. September 1919 mehrfach verletzt habe.

Aus In- und Ausland

Berlin. Reichstagspräsident Loh hat der Zentrumsfraktion des Reichstages mitgeteilt, daß er die seinerzeit vom Zentrum beantragte schriftliche Fassung der Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Grafen Reventlow im Reichstag jetzt im Sinne der Forderungen des Zentrums richtigstellen lassen werde.

London. Aus dem Verberghermuseum von Scotland Yard ist eine Reihe von Stücken, die an die Zepellinangriffe auf England erinnern sollten, entfernt worden. Die Ent-

fernung geht auf eine Anregung von privater deutscher Seite zurück.

London. Der englische König hat den australischen Ober- richter Sir Alfred Isaacs zum Generalgouverneur Australiens ernannt. Isaacs ist der erste Australier, der diesen Posten innehaben wird.

Die Fraktionen beraten.

Im Reichstag hielten nach der Plenarsitzung noch die Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, des Landvolks und der Deutsch- nationalen Sitzungen ab. Es wurden die Erklärungen des Reichsfinanzministers und der Inhalt der Notver- ordnung erörtert. Die Deutsche Volkspartei dürfte trotz aller Bedenken gegen die Aufhebungsanträge stimmen.

Hauszinssteuer für Preußen.

Tagung des Hauptausschusses.

Ein Antrag Vohl (Dt. Fr.) fordert eine Verfügung des Staatsministeriums dahin, daß in allen Fällen der höheren Aufwertung von Hypotheken über 25 Prozent hinaus durch Stundung und Niederschlagung von Steuer- beträgen im Verhältnis zu den Mehraufwendungen für Zinsen gegenüber der 25prozentigen Aufwertung in vollem Umfange Rechnung zu tragen sein soll.

Demgegenüber wandte Abg. Leinert (Soz.) als Be- richterstatte ein, daß die Annahme des Antrages Schie- bungen mit der Hauszinssteuer Tür und Tor öffnen würde. Der Staat könne nicht davon abgehen, sich auf den Satz der Verzinsung von 25 Prozent zu beschränken. — Gegen diese Auffassung wandte sich Abg. Hestermann (Wirtschaftspartei), indem er darauf hinwies, daß schon vor Erlaß des Aufwertungsgesetzes in verschiedenen Fällen durch Vereinbarung zwischen Hypothekenschuldnern und -gläubigern auch vereinbarte Aufwertungsbeiträge über 25 Prozent hinaus in das Grundbuch eingetragen worden seien. Bei diesen Hypotheken sei eine Schiebung nicht möglich.

Der Vertreter des Finanzministeriums versprach, zu untersuchen, ob die Hauszinssteuer ermäßigt werden kann. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso wie der der Wirtschaftspartei wonach keine Befreiung von der Haus- zinssteuer eintreten soll, wenn öffentliche Körperschaften Grundstücke zu gewerblichen Betriebszwecken erwerben.

Dr. Schacht über seine Amerikareise.

Empfang bei der Bremer Handelskammer.

Auf Einladung der Bremer Handelskammer sprach Dr. Schacht über seine Eindrücke in Amerika. „Ich habe“, so sagte Schacht u. c., „meine Reise gemacht als Privatmann zu privaten Zwecken. Als ich in Amerika eintraf, wurde ich mit Anfragen bestürmt über die Bedeutung der Reichs- tagswahlen und über die Lage in Deutschland. In jeder Versammlung ist mir die Frage vorgelegt worden: Was ist es mit Hitler? Ich habe oft bei den Studenten das Ver- ständnis dafür gefunden, daß es eine Absurdität ist, die deutsche Jugend für zwei Generationen mit diesen großen Zahlungen belasten zu wollen. Meine Vorträge wurden überall mit außerordentlicher Aufmerksamkeit angehört.“

Tränengasbomben gegen

Ministerpräsident Braun.

Von Reparationen, Tributen und der Diktatur.

In Dresden veranstaltete die Sozialdemokratische Partei Groß-Dresdens eine Kundgebung, in der Minister- präsident Braun sprach. Eine starke Verzögerung ent- stand am Anfang durch das Versen von Tränen- gasbomben. Erst nach längerer Lüftung des Raumes konnte der Redner mit seinen Ausführungen beginnen. Nachdem er sich zunächst gegen die Art, den politischen Gegner mit Tränengas zu bekämpfen, gewandt hatte, führte er u. a. aus: Es sei eine große Ironie, wenn man dem Volke erzähle, daß mit der Einstellung der Re- parationszahlungen die Tributfrage gelöst sei. Die Lasten, die das deutsche Volk mit dem Young-Plan auf sich genommen habe, seien schwer und es frage sich, ob es sie überhaupt tragen könne. Aber der Versuch, die über- nommenen Verpflichtungen zu erfüllen, müsse jedenfalls gemacht werden. Das schließe nicht aus, mit allen Mitteln auf eine Änderung der Verträge hinzuwirken.

Ob das Programm der Reichsregierung den Erfolg haben würde, den man sich von ihm verspreche, möge dahinstehen. Die Anwendung der Notverordnung aber sei die Anwendung verfassungsmäßiger Bestimmun- gen und keine Diktatur. Jedenfalls seien die von der Regierung eingeschlagenen Wege eher geeignet, der Republik über die schwere Zeit hinwegzuhelfen, als daß man einem unverantwortlichen Diktator die Bestimmung des Schicksals des deutschen Volkes überlassen hätte.

Polizeioffiziere und Wachmeister.

Der Beamtenauschuß.

Der Beamtenauschuß des Preussischen Landtages stimmte den Bestimmungen über Einstellung und Beförde- rung der Polizeiwachmeister und Ergänzung der Polizei- offiziere zu. Es wurde beschlossen, daß der Aufstieg zum Offizier aus dem Polizeiwachmeisterstand für mindestens 50 Prozent gegeben sein soll. In der Prüfungskom- mission über die Einstellung der Beamtenanwärter soll auch ein Angehöriger des Polizeiwachmeisterstandes mit- wirken.

Untersuchung der Roggenflügung verlangt

Im Reichstag ist ein Antrag der deutschnationalen Fraktion eingegangen, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, umgehend einen Untersuchungsausschuß ein- zusetzen mit der Aufgabe, genaue Feststellungen zu treffen: Wie weit sich die „Roggen- und Flöckchenflügung“ der Reichsregierung günstig oder schädlich für die deutsche Landwirtschaft auswirkt hat.

Regierungsumbildung in Lippe.

Im Lippeischen Landtag teilte das geschäftsführende Mitglied des Landespräsidiums, Drake, mit, daß das demokratische Mitglied, Schulrot Geise, seinen Rücktritt erklärt habe und an dessen Stelle Oberregierungsrat Dr. Petri trete. Die Abstimmung ergab zehn Stimmen für Dr. Petri, während die Stimmentzettel der Opposition unbeschrieben waren. Der 21. Abgeordnete des Landtages, der Kommunist, war nicht anwesend.

Die polnische Schmach

„Unser Erbfeind, der raubgierige Kreuzritter.“

Die deutsche Protestnote wegen des Oberschlesienterrors.

Die deutsche Protestnote wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien ist nunmehr der Öffent- lichkeit übergeben worden. Das Schriftstück beginnt mit einem Anschreiben, in dem Reichsaussenminister Dr. Curtius darauf hinweist, daß in Polnisch-Oberschlesien in letzter Zeit Gewalt- taten gegen die deutsche Minderheit geschehen sind, die eine flagrante Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention darstellen. Die deutsche Regierung lenkt die Aufmerksamkeit des Völkerbun- drates auf diese Vorgänge. Der Generalsekretär wird gebeten, veranlassen zu wollen, daß die Angelegenheit auf die Tages- ordnung der nächsten Tagung des Völkerbundes gesetzt wird. Das Schriftstück selbst enthält auf achtzehn Schreib- maschinenseiten die einzelnen Beschwerden mit genauen Unter- lagen. Eine Anlage gibt in Übersetzung ein Wahlplakat des Verbandes schlesischer Ausländer wieder, in dem in der wüsten Weise gegen die Deutschen, die

„unser Erbfeind, der raubgierige Kreuzritter“

genannt werden, gehetzt wird. Eine zweite Anlage enthält ein Wahlplakat des Westmarkenvereins, in dem es heißt: „Jeder Schlesier und jede Schlesierin, die ihre Stimmen für eine deutsche Liste abgeben, werden zu

Verrätern des schlesischen Volkes

und setzen sich selbst unangenehme Folgen aus, denn nie- mand wird demjenigen gegenüber Rücksicht nehmen, der es wagen wollte, für die deutsche Liste zu stimmen.

Es wird weiter im einzelnen nachgewiesen, daß die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien bei den Wahlen zum Warschauer Sejm und zum Warschauer Senat und zum Schlesischen Sejm in weitem Umfange

des freien Wahlrechts beraubt

worden ist. Dies ist eine Verletzung des Artikels 67 der Genfer Konvention. Bei dem Vorgehen gegen die deutschen Wähler haben zum Teil die amtlichen Wahlkommissionen, aus denen man die Deutschen fernzuhalten oder nachträglich zu entfernen gewußt hatte,

mit der Regierungspartei zusammengearbeitet.

Ferner wird nachgewiesen, daß seit dem Beginn des polnischen Wahlkampfes die deutsche Bevölkerung im polnischen Ober- schlesien unter dem schlimmsten Terror gestanden hat. In vielen Dörfern haben Mitglieder des „Schlesischen Ausländerverbandes“ ein wahres Gewaltregi- ment ausgeübt.

Mit Waffen aller Art ausgerüstet, durchstreiften sie jeden Abend nach Einbruch der Dunkelheit in Uniform die Straßen, ergingen sich in Bedrohungen der Minderheit und schändeten in Gaststätten und Wohnungen nach Deutschen. Tausende von Drohbrieffen wurden an Minderheitenangehörige ver- sandt. In großer Zahl sind Tötungsversuche und Mißhandlungen aller Art bis zu den schwersten Gewalttätigkeiten von Banden vorgekommen.

Einmal handelt es sich hier um eine bewußte und plan-

Massenverhaftung von Nationalsozialisten

150 Nationalsozialisten festgenommen.

Wie vom Polizeipräsident in Breslau mit- geteilt wird, wurden in Jäschlowitz im Kreis Breslau etwa 150 Mitglieder der Nationalsozialistischen Sturm- abteilung, darunter auch Sanitäter, uniformiert, feld- marschmäßig ausgerüstet und bewaffnet, festgestell- t. Sie waren im Schloß des Gutshofes des Rittergutsbesitzers von Siffen untergebracht, wo die Unterkunft in Sälen vor- bereitet war. Ein hinzugezogenes Schutzpolizeikommando stellte, so heißt es in dem Polizeibericht weiter, eine Menge Waffen, darunter scharfgeladene Karabiner, Pistolen, Handgranaten, Munition und Hieb- und Stich- waffen aller Art fest. Eine zahlenmäßige Feststellung war bisher nicht möglich, da die Ermittlungen fort dauern. Die vorläufig festgenommenen Nationalsozialisten wurden auf Lastkraft- wagen dem Polizeipräsidenten zugeführt, wo die weiteren Vernehmungen stattfanden. Die Festgenommenen wurden dem Gericht zugeführt. Der Pächter des Gutes, von Siffen, ist ebenfalls von der Politischen Polizei fest- genommen, desgleichen zwei Gutsbeamte.

Hierzu teilt Rittergutsbesitzer v. Siffen mit, daß vor einigen Tagen ein junger Mann zu ihm gekommen sei, der erklärte, es bestünde die Gefahr, daß ein Putsch von links geplant sei. Die Nationalsozialisten befürchteten, daß dabei in erster Linie mit gegen die nationalsozia- listische Jugend vorgegangen würde. Der junge Mann bat, aus diesem Grunde der nationalsozialistischen Jugend für die fragliche Zeit Aufnahme zu gewähren. Herr v. Siffen hätte hiergegen keine Bedenken gehabt. Er hätte aber die Bedingung gestellt, daß keinesfalls Waffen mitgebracht werden dürften. Es seien nun etwa 300 bis 400 Nationalsozialisten gekommen. Der Gastgeber habe sie nicht einziehen lassen. In der Nacht wären plötzlich zwei Hundertschaften Polizei aus Breslau erschienen und hätten eine Durchsuchung des Schlosses vorgenommen.

350 Nationalsozialisten

in Jäschlowitz festgenommen.

Wie von der Kriminalpolizei jetzt ergänzend mit- geteilt wird, sind bei der Aktion der Breslauer Polizei in Jäschlowitz insgesamt 350 Personen festgenommen worden.

Wie die politische Leitung der N. S. D. A. P. mitteilt, seien seit dem Verbot der Ortsgruppe Breslau auch alle Sturmabteilungen aufgelöst worden.

Neue Wiener Regierung.

Nachdem sich die Parteien endlich geeinigt hatten, lautet die Ministerliste: Bundeskanzler: Dr. Ender (Christlichsozial), Vizekanzler und Außenminister: Doktor Schöber (Nationaler Wirtschaftsbund), Innenminister: Winkler (Landvolk), Justizminister: Dr. Schürff (Nationaler Wirtschaftsbund), Landwirtschaftsminister: Thaler (Christlichsozial), Finanzminister: Dr. Fuch, Unterrichtsminister: Gernert (Christlichsozial), Seeres- minister: Baugoin (Christlichsozial). Die Besetzung des Ministeriums für soziale Verwaltung ist noch unbestimmt.

Emigranten aus Brasilien.

An Bord des Dampfers „Alcantara“ kam der ge- stürzte Präsident von Brasilien, Washington Luis, der sich nach Frankreich begeben will, in Lissabon an. Er wird von zahlreichen politischen Persönlichkeiten Brasi- liens in die Verbannung begleitet.

mäßige Aktion gegen die deutsche Minderheit. Ferner sind die Terrorakte in konsequenter Durchführung eines seit Jahren zielbewußt verfolgten Planes von den polnischen Behörden zum mindesten wohlwollend geduldet worden. Im Mittelpunkt des Kampfes steht der „Schlesische Ausländerverband“. Ehrenvorsitzender des Verbandes ist der Wojwode von Schlesien, viele hohe Beamte des Staates und der Kommunalverwaltung zählen zu seinen führenden Mitgliedern. Die Polizei vernachlässigt durchweg ihre Pflicht, indem sie gegen die Gewalttätigkeiten entweder überhaupt nicht oder doch nur in völlig unzureichendem Maße eingreift.

Die deutsche Regierung erwartet, daß der Völkerbundrat diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um dem Zustand der Hilflosigkeit und Bedrückung, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu leiden hat, abzuhelfen.

Berufung der Schutzpolizei in Oberschlesien.

Die noch immer sehr gespannte Lage in Oberschlesien hat, wie die Doppelten Nachrichten erfahren, den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien veranlaßt, die schon mehrfach ge- forderte Verstärkung der ober-schlesischen Schutzpolizei zunächst während einer Übergangszeit in die Tat umzusetzen. Die erste Hundertschaft traf bereits in Rosenberg ein. Weitere Ver- stärkungen folgen in allernächster Zeit. Es handelt sich, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, lediglich um vor- begehende Maßnahmen zur Abwendung von etwaigen, bei spontanen und überraschend entstehenden Kundgebungen drohenden Gefahren für die Sicherheit der ober-schlesischen Be- völkerung. Es müsse davor gewarnt werden, die verstärkte Heranziehung von Polizeikräften nach Oberschlesien in irgend- einen Zusammenhang mit von Polen her drohenden über- raschungen in Verbindung zu bringen.

Keine Verzögerung durch Polen möglich.

Deutsche Protestnote auf der Tagesordnung.

Die deutsche Protestnote zu den Vorgängen in Ob- erschlesien ist nunmehr amtlich auf die Tagesordnung der Januartagung des Völkerbundes gesetzt worden. Der polnischen Regierung ist im Gegensatz zu dem allgemeinen Minderheitenverfahren im Rat keine Frist zur Stellungnahme gesetzt.

Man erwartet, daß der deutsche Vertreter im Völ- kerbundrat sich die drei Grundforderungen des Auswärtigen Ausschusses:

1. Mäßigung der schuldigen polnischen Beamten,
2. Entschädigung der geschädigten Deutschen in Ober- schlesien, 3. Maßnahmen der polnischen Regierung zur Verhütung neuer ähnlicher Vorkommnisse,

zu eigen machen wird. Zu den Verhandlungen des Völkerbundesrates soll Präsident Calonder zugezogen werden.

Präsident der Januartagung des Rates ist der alphabetischen Reihenfolge nach das deutsche Staatsmitglied.

Die Kohlenkrise in England.

Eingreifen Macdonalds.

Der Präsident der englischen Bergarbeitervereinigung, Coal, erklärte, Schottland könne in seinem Kampfe nicht allein gelassen werden. Die Vertreterversammlung werde zu entscheiden haben, ob man Schottland die Erlaubnis zum Abschluß eines Abkommens über die Verteilung von 90 Arbeitsstunden über 14 Tage geben wolle oder ob der 7½-Stunden-Tag streng durchgeführt werden solle, wozu unter Umständen ein Sympathiestreik not- wendig werden würde. Nach seiner Ansicht bedürfe es hierzu der Abstimmung aller Bergleute. Ministerpräsident Macdonald empfing die Vertreter der Bergarbeiter. Daß Macdonald persönlich eingreift, deutet auf den Ernst der Lage hin. In Schottland werden Versuche gemacht, den Streik auszudehnen.

Politische Razzia in Italien.

Mehrere Geheimorganisationen aufgehoben.

Einer amtlichen italienischen Mitteilung zufolge hat die italienische Sicherheitspolizei eine Geheimorganisation aufgehoben, die zum Jahrestage des Marsches auf Rom Aufschläge gegen die öffentliche Ordnung plante. Die Ver- hafteten — es handelt sich um 24 namentlich genannte Personen, darunter zwei Frauen — seien gefänglich. Ferner sind von der Sicherheitspolizei die Fäden kom- munistischer Organisationen in den Gebieten Emilia und Romagna aufgedeckt worden. Schließlich hat die Sicher- heitspolizei in Rom drei Personen verhaftet, die sich mit der geheimen Verbreitung periodischer und sonstiger anti- faschistischer Druckschriften befassen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 5. Dezember 1930.

Weihnachtspakete frühzeitig versenden!

Die Reichspost empfiehlt dem Publikum, mit der Ver- sendung der Weihnachtspakete möglichst frühzeitig zu be- ginnen, damit die Pakete ohne Verzögerung in die Hände der Empfänger gelangen. Ferner bittet sie, für die Pakete recht dauerhafte Verpackungstoffe zu verwenden, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Namen des Bestimmungsortes groß und „kräftig“ niederzuschreiben. Auf dem Paket muß der Absender angegeben werden und in das Paket soll man obenauf ein Doppel der Aufschrift legen. Päckchen müssen haltbar verpackt und gut ver- schürt werden; Hohlräume sind mit Holzwole auszu- füllen, damit die Sendungen bei der Beförderung nicht eingedrückt werden können. Solche Sendungen müssen deutlich als „Briefpäckchen“ oder „Päckchen“ bezeichnet sein.

* Der Regierungspräsident wünscht Senkung der Strom- und Gaspreise. Auch der Straßenbahntarife und Schlachthofgebühren. Im Interesse der für den Preis- abbau notwendigen Senkung der Herstellungskosten hat der Regierungspräsident in Arnberg Schritte dahingehend ein- geleitet, daß die durch die Kohlenpreissenkung für die öffentlichen Versorgungsbetriebe (Gas- und Elektrizitäts- werke) entstehende Entlastung im Endpreise für die Ver- braucher, besonders für die Kleinabnehmer, in Erschei- nung tritt. In seinem Rundschreiben führt der Regierungs- präsident aus, daß die Ersparnisse aus der Kohlenpreis- senkung nicht zur Verstärkung der Finanzkraft der Ver- sorgungsbetriebe werden dürfen. Diese Preisabbaumaß- nahmen sind auch auf die Straßenbahnen ausgedehnt wor- den. Der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Straßenbahnen hat bei dem am 27. November in Dort- mund gefällten Lohnschiedsspruch die Erklärung abgegeben,

Frankreich und der „deutsche Appetit“.

Poincaré deckt die Karten auf.

Unter der Überschrift „*Com Traum zur Wirklichkeit*“ veröffentlicht Poincaré im „*Excelsior*“ und in der Zeitung „*La Nation*“ (Buenos Aires) einen Artikel, in dem er sich vornehmlich mit der Rede des Reichsaußenministers Curtius auseinandersetzt. Poincaré führt aus, daß die in Moskau in Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die angebliche Industriepartei gegen Frankreich gerichteten Anschuldigungen ebenso sinnlos wie wirkungslos fremd seien. Er könne wiederholen, daß weder er selbst noch Briand oder der französische Generalstab jemals in irgendeinem Zusammenhang mit der Industriepartei oder ihren behaupteten Zielen gestanden haben. Aus diesem Grunde habe er Einmischungen in die bestehenden Sowjetverhältnisse weder begünstigt noch gebilligt.

Es sei besser, in die Welt der Tatsachen zurückzukehren und sich den wichtigen Ereignissen der letzten vierzehn Tage zuzuwenden. Die Rede des Reichsaußenministers Curtius habe eine zu große Bedeutung, als daß er stillschweigend über sie hinweggehen könnte. Die dunklen Wege der deutschen Regierung würden durch diese Rede plötzlich in scharfes Licht gerückt. Was den Young-Plan anbelange, so habe Curtius glatte und schöne Worte gefunden. Man sei jetzt weit von der Zeit entfernt, da Dr. Stresemann seine letzten Kräfte erschöpft habe, um den deutschen Industriellen die notwendigen Opfer für die Reparationszahlungen abzurufen. Jetzt, wo das linke Rheinufer geräumt sei, könne man in Deutschland die zahlungsfähigen Kreise. Man habe die Reformpläne Pariser Gilberts ins Feuer geworfen und lasse jetzt schon eine Moratoriumsforderung deutlich vorschallen. Curtius sei wohl für den Frieden, doch verstehe er darunter absolute Gleichheit der Rechte und Sicherheiten. Frankreich sei nicht taub und verstehe sehr gut, worauf der Reichsaußenminister hinauswolle. Er ziehe aus die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages und die entmilitarisierte Zone ab. Curtius gebe vor, daß die Abrüstung nicht eine einseitige Verpflichtung Deutschlands sei und daß Deutschland ein Recht darauf habe, die Abrüstung der anderen zu fordern. Wenn Deutschland die von Dr. Curtius gewünschte Einberufung einer allgemeinen Konferenz erreichen sollte, so werde man sehen, wie weit es seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage erfüllt, und werde feststellen, ob es die Hauptbestimmungen des Vertrages nicht verletzt habe, ob die deutsche Handelsflotte nicht den Keim einer militärischen Luftflotte darstelle, ob die Reichswehr nicht ein mächtiges Rahmenheer sei, und ob die deutschen Behörungsorganisationen nicht unter Duldung und Ermutigung durch die amtlichen Stellen der Armee hinzugezählt seien. Rastigali habe in Genf hundertmal bewiesen, daß die Bedingungen des Friedensvertrages durch Deutschland nicht erfüllt seien.

Der Versailler Vertrag sehe für die ehemaligen Alliierten keine Abrüstung, sondern nur Rüstkungsbeschränkungen im Einklang mit den Erfordernissen der Sicherheit vor. Die Reden in der Kammer hätten zur Genüge dargelegt, daß das Rüstungsminimum von Frankreich bereits erreicht, wenn nicht gar unterschritten worden sei. Außerdem sehen die Verträge eine Macht voraus, die den Respekt vor den Verträgen und die internationale Sicherheit schützen sollte. Diese Macht existiere jedoch bis heute praktisch nicht, daher müsse Frankreich selbst für seine Sicherheit sorgen. In keiner Rede habe der französische Ministerpräsident Tardieu nur betont wollen, daß eine Revision der Verträge auf Grund des Artikels 19 des Völkervertrags nur unter der Voraussetzung vollkommener Einstimmigkeit unter den beteiligten Staaten möglich sei. Wäre eine derartige volle Übereinstimmung vorhanden, könnte man eine Revision bis zu einem gewissen Grade in Erwägung ziehen. Ohne diese Einstimmigkeit könne die Revision nur neue Kriegsunruhen schaffen. Je mehr Zugeständnisse Frankreich Deutschland mache, um so größer sei der deutsche Hunger. Dieser wachsende deutsche Appetit sei keine beruhigende Garantie für den Frieden der Zukunft.

Ausverkäufe aus Not.

Gedrückte Lage des Einzelhandels.

Die im Vormonat teilweise eingetretene leichte saisonmäßige Besserung der wirtschaftlichen Lage des Einzelhandels hat im Monat November keine Fortschritte gemacht. Teilweise ist sogar gegenüber dem Monat Oktober auch mengenmäßig ein Umsatzzugang zu verzeichnen. Die Umsätze blieben um 15–20 Prozent hinter den Umsätzen des gleichen Monats des Vorjahres zurück. Auch mengenmäßig lagen die Umsätze niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres. Nach wie vor beschränkt die Nachfrage sich im wesentlichen auf Gegenstände des unbedingt notwendigen Bedarfs unter Bevorzugung niedrigster Preislagen. Die Klage über den schlechten Eingang der Aufkäufe ist allgemein; Ausverkäufe aller Art finden auch weiterhin in starkem Maße statt und kennzeichnen die Notlage des Einzelhandels.

Im Lebensmittelinhandel ist gegenüber dem Vormonat sowohl wert- als auch mengenmäßig ein Rückgang des Umsatzes festzustellen. Niedrigste Preislagen wurden nach wie vor bevorzugt. Die Preise haben im allgemeinen Änderungen kaum erfahren. Die Zahlungsweise der Kundschaft war nach wie vor durchaus unbefriedigend. In der Textilwarenbranche vermehrte die Umsatzbelegung des Vormonats sich nicht zusehen. Die Umsätze blieben hinter den Umsätzen des gleichen Monats des Vorjahres zurück. Die Nachfrage erstreckte sich auch hier in der Hauptsache auf billige Artikel. Infolge der milden Witterung war das Geschäft in Winterwaren durchaus unbedeutend. Die Preise zeigten weiterhin sinkende Tendenz. Die Zahlungsweise der Kundschaft war sehr schleppend. Auch in der Schuhwarenbranche ist eine weitere Umsatzbelegung nicht eingetreten. Die Umsätze lagen um 10–15 Prozent niedriger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Winterware wurde im allgemeinen kaum, und wenn, so nur vorübergehend, gefragt. Die Preise waren unverändert. Im Eisenwareneinzelhandel war eine Umsatzsteigerung nicht zu verzeichnen. Die Umsätze blieben hinter den Umsätzen des gleichen Monats des Vorjahres zurück. Gestagt wird nach wie vor über den schlechten Zahlungseingang. Im Einzelhandel mit Haus- und Küchengeräten hat der Berichtsmonat eine Umsatzbelegung nicht gebracht. Im Tabakwareneinzelhandel trat ein Rückgang des Absatzes ein. Die drohende Steuererhöhung dürfte zu noch größerer Einschränkung durch die Verbraucher führen. Im Kohlenhandel sind die Umsätze nicht unwesentlich gegenüber dem Vormonat zurückgegangen; sie liegen erheblich unter den Umsätzen der gleichen Zeit des Vorjahres. Diese Erscheinung

wurde teils durch das milde Wetter, teils durch die starke Zurückhaltung verursacht, die die Verbraucher in Erwartung der vom Ruhrkohlen Syndikat zum 1. Dezember dieses Jahres angekündigten Preisermäßigung bewahren.

Die Gaben des guten Niklas.

Von Wal- und Haselnüssen.

Die Weihnachtszeit ist auch die Zeit des Rußens; Nüsse gehören geradezu zum Fest, genau wie andere schöne Dinge, Gebäck und Süßigkeiten, dazu gehören. Während man aber bei andern altgewohnten Festgebräuchen den Ursprung nachweisen kann, ist er hier nicht ohne weiteres verständlich. Weder bei den Römern noch bei den Germanen scheinen Nüsse bei den Jahreswendefesten eine Rolle gespielt zu haben, um dann vorzugsweise gegessen zu werden, wie es doch heute der Fall ist. Dagegen gehörten Nüsse später zu den willkommenen Gaben des guten Niklas, auch Ruprecht genannt, dessen eigentlicher Tag, da er sein freundliches Amt zu versehen hatte, der 6. Dezember war. Dieser alte Kinderheilige ist aber nach und nach ausgestorben oder hat sich in den Weihnachtsmann verwandelt, der das Amt nun zu der etwas späteren, aber wesentlich festlicheren Zeit verschiebt. So mögen durch den Niklas-Weihnachtsmann denn die Nüsse, die er aus seinem unerlöschlichen Sack zu spenden pflegte, vorzugsweise auf Weihnachten gekommen sein, etwa gleich den Pfefferkuchen, die auch im Grunde über Nikolaus auf Weihnachten gekommen sind.

Das Jahresende gilt gewissermaßen als eine Grenze für das Verwahren der Nüsse; alte Nüsse werden nicht mehr gegessen, und schon die Römer wußten es, je frischer die Nuss, um so zuträglicher ist sie. So kennt der alte Kalender, nach dem man sich in früherer Zeit sehr gewissenhaft zu richten pflegte, auch einen eigentlichen Rußtag, einen Rußheiligen, also einen Tag, an dem man nach der Walnußkerne Nüsse in Mengen essen sollte, wohl weil sie dann nicht nur am reichlichsten, sondern auch wohl am besten waren.

So groß die Wertschätzung auch war, die die Ruß bereits bei den Alten genoß, so sagte man doch ihrem Einfluß auf den Körper wenig Gutes nach. Der griechische Arzt Dioskurides sagt, daß sie dem Magen schaden, da sie schwer verdaulich sind, und im Zusammenhang damit Galle sowie Kopfschmerzen erzeugen, obwohl sie, mit Feigen gegessen, ein gutes Gegenmittel sein sollen. Vor alten Nüssen warnt er besonders. Die Griechen scheinen die Walnüsse hauptsächlich zur Ölgewinnung gebaut zu haben; die Ernte wurde mit einem Fest beschloßen, das nach den Nüssen (karya) ebenfalls Karna, also Rußfest, hieß; die tanzenden Mädchen bei diesen Festen waren die „Karyatiden“, wie man noch heute griechische weibliche Statuen nennt, die als Säulenträger dienen, nach dem Muster der Akropolis zu Athen. Übrigens erschien die Nuss in Griechenland unter verschiedenen Bezeichnungen, z. B. als Zeuseichel, als Sinopische oder als persische, königliche Nuss, weil in Persien ein König regierte. Die Heimat des Walnußbaumes ist Indien, wo er an den Hängen des Himalaja noch in stattlicher Höhe gedeiht; von dort hat er seinen Weg über Persien und Kleinasien nach Griechenland und weiter nach Rom genommen. Die in Griechenland in großen Mengen eingeführten reifen Nüsse kamen hauptsächlich aus Sinope, einem Hafen am Schwarzen Meer, daher denn Sinopische Nüsse.

Die Römer gaben ihr die auch bei uns gültig gewordene Allgemeinbezeichnung nux (daher Nuss), eine Abwandlung von nox (d. i. Nacht), — weil die Nuss „den Körper schwarz färbt wie die Nacht die Luft“, sagt ein römischer Gelehrter. Er meint dabei die grüne Außenschale, die auch den Vergleich mit der Eichel rechtfertigt, denn wie die Griechen der Nuss den Namen Zeuseichel gaben, so nannten die Römer sie Jupiter-eichel. Die Römer schätzten übrigens den Nußbaum sehr und pflanzten ihn um ihre Kassele in Gallien und Germanien; so kam er nach Deutschland. Überall, wo in den milderen germanischen Landstrichen römische Siedlungen bestanden haben, hat man auch Nußschalen in Mengen gefunden, und manches Schwarzwaldsdorf leitet seinen Namen von früheren Nußpflanzungen her (Nußdorf, Nußbach, Nußbaum).

Im Gegensatz zum eingewanderten Walnußbaum ist die Haselnuss eine alte einheimische Staudenpflanze, die ihre Heimat weit über Nord und Süd ausdehnt. Die Mutterpflanzen der süßlichen Kulturen stammen aus Kleinasien (Armenien). Auch Karl d. Gr. sorgte für ihre weitere Ausbreitung. Die wilde heimische Nuss spielte als Nahrungsmittel bereits in der Stein- und Bronzezeit in Deutschland eine Rolle, wie die umfangreichen Nußschalenfunde bei Ausgrabungen aus jenen Zeiten beweisen. Damals wird die Nuss unentbehrlich zur Überwinterung während der toten Jahreszeit gewesen sein; heute ist sie untrennbar von weihnachtlicher Festfreude. So mag vielleicht in ihr noch symbolisch die Erinnerung an den einstigen Winterschlaf der Menschen anklingen, dem die strahlende Weihnachtszeit freudige Auferstehung verleiht.

Achtung! Verjährung!

Ein wichtiger Termin für Gläubiger.

Die Einrichtung der Verjährung im Recht ist nicht eigentlich im Rechtssystem verankert, sondern stellt sich als eine vor allem aus dem praktischen Bedürfnis heraus geborene Maßnahme dar. Begrifflich sind alle Rechte zeitlich unbegrenzt, aber die Geltendmachung der aus den Rechten entspringenden Ansprüche muß an eine gewisse Frist gebunden sein. Das liegt im Interesse sowohl der Allgemeinheit wie des Einzelnen. Es ist nicht angängig, daß z. B. jemand eine Forderung hat und diese erst nach einem so langen Zeitraum geltend macht, daß die Nachprüfung ihrer Rechtmäßigkeit fast unmöglich geworden ist. Andererseits muß eine gewisse Sicherheit für tatsächlich längere Zeit bestehende Zustände geschaffen werden gegen Ansprüche, die möglicherweise dagegen erhoben werden können. Deswegen besteht die Gesetzesbestimmung, daß im allgemeinen die Verfolgung von Ansprüchen, besonders solcher die bereits durch Urteil festgestellt worden sind, nach dreißig Jahren ausgeschlossen sein soll. Ähnliche praktische und rechtspolitische Zwecke verfolgt die Einrichtung der kurzen Verjährungsfristen.

Sie schafft einen gesetzlichen Druck für den Berechtigten, seine Rechte ordnungsmäßig auszuüben. Sie soll nach dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers ein Kampfmittel darstellen gegen den Schwindler.

Im kleingewerblichen Kreditwesen und hat hier schon viel Nutzen gestiftet. Die Verjährung bedeutet nicht, daß das Recht nach Ablauf einer bestimmten Frist erloschen ist, denn Leistungen, die nach der Verjährung gemacht worden sind, können nicht unter Berufung auf die Verjährung zurückgefordert werden. Aber der Schuldner kann gegen seinen Willen nicht mehr zur Leistung herangezogen werden. Das Gericht berücksichtigt die Verjährung nur, wenn sie einredeweltig vom Schuldner geltend gemacht wird. Geht dies nicht, so wird er zur Leistung verurteilt und für dieses Urteil kommt dann die dreißigjährige Verjährung in Betracht.

Die Verjährung beginnt mit der Entstehung des Anspruchs. Eine Ausnahme machen die Rechtsgeschäfte mit kurzer Verjährungsfrist, die unten aufgeführt werden. Bei ihnen beginnt die Verjährung erst

mit dem Schluß des Jahres,

in dem der Anspruch entstanden ist. Bei der Forderung eines Anzugs durch einen Schneider z. B. beginnt die Verjährung nicht schon mit dem Tage des Auftrages oder der Ablieferung zu laufen, sondern erst am Ende des betreffenden Jahres. Unterbrochen wird die Verjährung durch ein Anerkenntnis des Schuldners gegenüber dem Gläubiger, z. B. durch Sicherheitsleistung, Ablasszahlung, Zinszahlung usw. Ferner vor allem durch Klage oder

Zustellung eines Zahlungsbefehls.

Ist die Unterbrechung beendet, so beginnt die Verjährungsfrist von neuem.

Am 31. Dezember 1930

laufen nun folgende Verjährungsfristen ab: 1. Ansprüche aus Rechtsgeschäften

des täglichen Lebens und Verkehrs,

die im Jahre 1928 entstanden sind (zweijährige Verjährungsfrist). Dahin gehören besonders die Ansprüche der Kaufleute, Landwirte, Handwerker und Arbeiter wegen gelieferter Waren und Arbeiten — es sei denn, daß die Leistung für den Gewerbebetrieb des Schuldners erfolgt ist —, also für den persönlichen Bedarf des Schuldners. Dann die Ansprüche der Gastwirte, Bediensteten, Lehrer, Ärzte, Anwälte, der öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten, der Zeugen und Sachverständigen wegen Gebühren. Es verjähren ferner die im Jahre 1928 fällig gewordenen

Gehälter und Löhne.

2. Ansprüche aus Rechtsverhältnissen, die im Jahre 1926 entstanden sind (vierjährige Verjährung), und zwar ungefähr dieselben Ansprüche wie unter Nr. 1, wenn diese Leistungen zum gewerblichen Betrieb des Schuldners erfolgt sind. Ferner Ansprüche auf alle wiederkehrenden Leistungen, wie Unterhaltsansprüche,

Pacht- und Mietzahlungen

sowie Ansprüche auf Rückstände von Renten, Besoldungen, Wartegelder, Ruhegelder usw.

3. Erfordernisse aus unerlaubten Handlungen (dreijährige Verjährungsfrist). Hier beginnt die Verjährungsfrist nicht mit dem Ablauf des Jahres 1927, sondern mit dem Zeitpunkt der Entstehung.

Außerdem kennt das Gesetz noch eine große Reihe mehr oder minder kurzer Verjährungsfristen, die aber für das tägliche Leben nicht so wichtig sind wie die oben angeführten.

Der Gläubiger, der für einen oder den anderen der angegebenen Fälle in Betracht kommt, wird gut daran tun, entweder ein Anerkenntnis des Schuldners, am besten ein ausdrückliches, schriftliches, herbeizuführen oder Klage einzureichen bzw., was einfacher und billiger ist, einen Zahlungsbefehl zu erwirken.

Abwegig ist die vielfach verbreitete Meinung, daß auch ein Mahnbefehl, selbst wenn er eingeschrieben erfolgt, aufschiebende Wirkung hat. Zu bemerken ist ferner noch, daß alle Schriftstücke bei den betreffenden Personen, Gerichten oder Behörden am 31. Dezember bereits eingegangen sein müssen, daß also eine Absendung am 31. Dezember in den meisten Fällen nicht mehr als ausreichend angesehen wird.

Verbrecherpanoptikum.

Ein Bild in die „Schreckenstammern“ der Kriminalität.

Der Reiz einer alten Operettenschlager lautete: „Die Männer sind alle Verbrecher.“ Dagegen ist ganz entschieden zu protestieren: die weitaus überwiegende Anzahl der männlichen Bewohner Deutschlands ist in krimineller Hinsicht glücklicherweise noch gänzlich unbelastet. Daß aber unter den Verbrechern die männlichen in einer überwältigenden, gewaltigen Mehrheit sind, das läßt sich nicht bestreiten. Ein Bild in die Statistik erweist es klipp und klar. Wenn man nur ganz flüchtig hineinschaut in den Abschnitt „Kriminalität“ des neuesten statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich, erkennt man, daß die Frauen, was die Neigung zu verbrecherischen Handlungen betrifft, weit im Hintergrunde stehen.

Das statistische Jahrbuch erfährt die Kriminalität bis zum Schluß des Jahres 1928. Erfreulich ist zunächst die Feststellung eines, wenn auch nur kleinen, Rückgangs der Kriminalität. Während im Jahre 1927 411 214 Personen rechtskräftig verurteilt wurden, waren es im Jahre 1928 „nur noch“ 397 285. An Hoch- und Landesverrat waren die Frauen überhaupt nicht beteiligt, während im Jahre 1927 unter 50 wegen solcher Verbrechen verurteilten Personen immerhin auch drei Frauen gewesen sind. Von den vielen anderen Verbrechen und Vergehen, die es gibt, seien im übrigen nur einige hervorgehoben. Wegen Verletzungen der Eidespflicht wurden 1642 Männer und 709 Frauen verurteilt. 48 der Verurteilten hatten noch nicht das 18. Lebensjahr überschritten. Die Zahl der wegen Mordes verurteilten Personen betrug 90; es befanden sich darunter 10 Frauen; 3 der Verurteilten waren Jugendliche unter 18. Unter den Brandstiftern finden wir 401 Männer und 60 Frauen, unter den wegen Totschlags verurteilten Personen 277 Männer und 40 Frauen. Groß und groß werden die einzelnen Zahlen, wo es sich um Körperverletzung, Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Urkundenfälschung handelt. Es wurden z. B. wegen gefährlicher Körperverletzung nicht weniger als 31 053 Männer verurteilt. Die Rubrik Unterschlagung weist 31 853 verurteilte Männer und 3990 verurteilte Frauen auf. In bezug auf Glücksspiele und Lotterien haben sich 4573 Männer und 406 Frauen „vergangen“.

Nun kann sich der deutsche Mensch aber nicht nur gegen das Strafgesetzbuch, sondern auch noch gegen eine ansehnliche Anzahl anderer Gesetze vergehen. Daß unter denen, welche gegen die Vorschriften des Militärstrafgesetzbuchs sündigen, sich keine Frauen befinden, ist, da wir ja noch keine Amazonenheere besitzen, selbstverständlich. Die Zahl der Männer aber, die im Jahre 1928 gegen das Militärstrafgesetzbuch fehlten, betrug 598. Gegen das Gesetz zum Schutze der Republik vergingen sich 181 männliche und zwei weibliche Personen. Das Gesetz über den Verrat militärischer Geheimnisse sah neben 91 Männern immerhin auch 13 Frauen unter denen, welche es übertreten hatten. Wogegen man noch sündigen kann? Oh, man hat da schon eine ganz nette Auswahl. Man kann z. B. die Gewerbeordnung einerseits und andererseits übertreten, wobei unter einerseits die Vorschriften über Sonntagsruhe und Ladenschluß, unter andererseits die Paragraphen über die Konzeptionspflicht zu verstehen sind. Bei den Übertretungen aller dieser Vorschriften stehen auch die Frauen ihren Männern. Es gibt ja unter ihnen viele Inhaberinnen von Ladengeschäften, Händlerinnen usw., — warum also sollten sie hier frei von Schuld und Fehle sein? Es ist daher zu sagen, daß neben 16 641 Männern, die die Gewerbeordnungsvorschriften unbeachtet gelassen haben, 8560 Frauen stehen. Auch bei den Sünden gegen die Konfessionsordnung und gegen die Reichsverordnungsordnung machen die Frauen in einigen Exemplaren mit. Was aber die beiden Frauen, die wegen Übertretung



Nur Arbeit war Dein Leben,
Du dachtest nie an Dich,
nur für die Deinen streben,
war Deine höchste Pflicht.
Du gutes Herz, ruh still
in Frieden, beweint
von Deinen Lieben.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß
und einem arbeitsreichen Leben entschlief gestern
19¹/₂ Uhr nach kurzem mit großer Geduld er-
tragenem Leiden mein herzenguter, treusorgen-
der, lieber unvergeßlicher Mann, Vater, Schwie-
gervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Hugo Majewski sen.

im Alter von 68 Jahren.

In tiefer Trauer:

Frau Witwe Hugo Majewski
geb. Burgardt
Luise Jürgens geb. Majewski
Willi Jürgens
Witwe Brandt Amanda geb. Majewski
Hugo Majewski jr.
Antoni Krugmann geb. Majewski
Rob. Krugmann
Auguste Majewski
Margr. Rauter
Fritz Lohmann
und 9 Enkelkinder.

Ehringhausen, Halver, Lüdenscheid, Mei-
nerzhagen, Gevelsberg, Essen, Elbing, Münster,
Dannenberg, Schmidtswipper, Rhader-Mühle,
den 3. Dezember 1930.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 6. Dezbr.,
14 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Beileidsbesuche dankend verboten.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 5. Dez. 1930
13 Uhr werde ich
im Hotel zur Post in Halver
1 Büfzer,
1 Auszugstisch,
1 Kaffee- u. Teetisch,
1 Tischsessel,
5 Stühle mit Lederstül,
ferner an Ort u. Stelle
1 Anschneidemaschine
öffentlich meistbietend
gegen sofortige Bar-
zahlung versteigern.
Barthel,
Gerichtsvogt in Lüdenscheid.

Elektrotechnische
Apparatefabrik
sucht für sofort
tüchtigen u. energischen
Lager-Verwalter

Ausführliche Bewer-
bungsanschreiben m. Lebens-
lauf, Zeugnisabschriften
sowie Lichtbild unter Nr.
900 an die Geschäftsstelle
des Allg. Anz. Halver.

Eine schöne, freie
**3 Zimmer-
Wohnung**
in Halver
sofort zu vermieten.

Mietangebote m. Preis
unter H. E. Nr. 700 an
den Allgemeinen Anzeiger
in Halver erbeten.

Achtung!

Preisabbau!
Habe große Posten
Weihnachtsbäume
auch in kleinen Mengen
für 65 Pfg. pro Stück
abzugeben

Ernst Rüd jr.
Forstkulturgehäfte
Ehringhausen b. Kierspe.
Tel. Nr. 667 Amt Meinerzhagen.



Nachruf.

Am 3. Dezember entschlief
sanft nach nur 6 tägiger Krank-
heit unser langjähriger Arbeiter
und Mitarbeiter der
Schmied

Hugo Majewski

aus Ehringhausen
im Alter von 68 Jahren.

Der Verstorbene war über
39 Jahre mit uns tätig und hat
derselbe sich stets durch ehrliche
u. treue Pflichterfüllung und durch
sein ruhiges, bescheidenes Wesen
ausgezeichnet. Ein dauerndes,
ehrendes Andenken über das
Grab hinaus ist ihm gesichert.

Die Inhaber, Angestellten und
Arbeiter d. Fa. Heinr. Giersieper
Oberbrügge.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, dem 5. Dezember werde ich
in Schalkmühle an Ort und Stelle
2 Lastwagen,
1 Pferdekarre,
ca. 20 t. Rußkohl,
ca. 10 t. Brätfett,
30 Sack Weizenkleie,
10 Sack Erbsenmehl,
1 compl. Wohnzimmer,
1 Schreibmaschine,
1 Schreibtisch,
2 Tische,
1 Aktenschränk,
1 Sofa
öffentlich meistbietend gegen bar versteigern.
Versammlung der Käufer um 12 Uhr im Hotel
Gasser.
Der Verkauf findet voraussichtlich statt.
Lüdenscheid, den 3. Dezember 1930
Rallenbach, Obergerichtsvollzieher.

Böser Husten

und Erkältung können gefäh-
rlich werden und sind daher so
schnell wie möglich zu beseiti-
gen. **Reichels Hustentropfen**,
die kältige, schmerzlinde-
nde, rasch auflösende Hustenmedi-
zin, Mk. 0.80 und Mk. 1.50, in
Apoth. und Drogerien erhältlich,
echt nur mit „Marke Medico“.
Verlangen Sie kostenlos das
illustrierte Buch „Guter Rat in
besunden und kranken Tagen“.

Bestimmt zu haben bei:
Drogerie Menke, Halver, Frankfurterstraße.

Evang. Kirchenchor Halver

Sonntag, 2. Advent, den 7. Dez.
1930, 5,15 Uhr abds. in der Kirche

Weihnachtsmusik

Mitwirkende:
Hans Sträter, Evangelien- und Oratorien-
sänger, Solingen, Hans Graß, Konzertsänger,
Solingen, Karl Vogel, Solingen, H. Kirsch-
baum, Solingen, M.-G.-V. Liedertafel, Halver,
Ev. Kirchenchor, Halver, Streichorch. Halver

Gesamtleitung: Ernst Kurtze

rogramm:
Vorverkauf 60 Pfg., Kasse 80 Pfg. Passive
Mitglieder und Arbeitslose zahlen 40 Pfg.

Lichtspiele Carlshöhe

Sonnabend ab 8 Uhr
Sonntag ab 5 und 8 Uhr
Großes Sensations-Programm



Ernst Verebes, Gretl Berndt, Elsa
Temary

Achtung! Falschmünzer.

5 Kapitel aus dem Tagebuch eines
Polizeispitzels.

In der Hauptrolle:

Der berühmte Cowboy-Darsteller
Harry Carey.

Lustiges Beiprogramm.

zum Weihnachtsfest empfehle!

— Fahrräder, Kinder-Dreiräder, Roller. —
Fahrrad- u. Taschenlampen von 35 Pfg. an.
Fliesen, Wandschöner, moderne Ausführungen.
Salon Kohlenkasten u. Ofenschirme la. Decore.

Herde, Oefen, Kamine.

Schöne Tafelgeräte in Nickel, Kaffee- und
Rahmservice, Brot- und Fruchtkörbehen,
Torten- und Kuchenplatten Mk. 1,50 0,95.

Wasserkessel u. Herdschille

Bestecke in allen Ausführungen, Tortenheber
von 95 Pfg. an. Aufschnittgabeln von Mk.
1,75 an. Glas u. Porzellan erster Firmen.

Ernst Bergmann,
Halver-Eichholz. Tel. 345.

Holzwerk-Politur

Garantiert sicher wirkend, auch zum
Polieren und Reinigen aller Möbel.
Alleinverkauf für Halver und Umgegend:

Gustav Wellenbeck, Halver, Möbelgeschäft.

Rot-, Weiß- u.
Kranken-Weine,
Lebensmittel

zu den billigsten Tages-
preisen und nur besten
Qualitäten

Alb. Bollmann,
Kierspe.
Fernpr. 514 Amt Meinerzh.

Gute neue
U h r e n
Goldwaren,
sowie Reparaturen.

Alles billig bei:

Uhrmacher
Brüder, Bollwerk.



FÜR JEDES MODELL

16.60

NUR EIN PREIS

LINGEL

NUR HERRENSCHUHE Diesem Schuh

können Sie ruhig zumuten soviel Sie
wollen. Er wurde hergestellt, um besser
auszusehen und länger getragen zu
werden als irgendein anderer Schuh.

Schuhhaus Erich Eickhoff,

Halver i. Westf., Kronprinzenstraße 14.

Ihr nächster Schuh —

ein LINGEL-Schuh!

In diesem Jahre . . .

Das nützliche Geschenk zu Weihnachten!

„Balatum“ der gute, billige Bodenbelag
macht Ihre Wohnung schön und gemütlicher!

„Balatum“ Teppiche, Größe 2/2 ¹ / ₂	10.50 Mk.
ohne Rand „ „ 2/3	12.60 Mk.
„Balatum“ Teppiche, Größe 2/3 mit Band, moderne Dessins	18.00 Mk.
„Balatum“ Läufer, 67 cm breit das laufende Meter	1.60 Mk.
„Balatum“ Vorlagen, das Stück	0.95 Mk.

Es kommt nur fehlerlose vollk. einwandfreie
Ware zum Verkauf. Suchen Sie sich den für Sie
passenden Teppich schon jetzt aus. Lieferung
erfolgt zur gewünschten Zeit franko Haus.

Tapetenhaus „Hansa“

Max Müller, Lüdenscheid, Knapperstr. 19/21
am Karlsplatz. Autobushaltestelle der Linien „Wupper-Sieg“ und
„Mark-Sauerland“.

Das gute Buch die beste Festgabe!

Ein schönes, gutes Buch darf auf keinem
Gebantische, unter keinem Christbaume fehlen

Meine Weihnachts-Ausstellung

ist eröffnet.
In größter Auswahl und jeder Preislage liegen auf:

Neue Romane,
Klassiker,
Geschenkwerte.
Die schönsten und reizvollsten
Bilderbücher und Jugendschriften,
Kunstblätter, gerahmt und ungerahmt,
Radierungen,
neue evangelische Gesangbücher,
Bibeln.

Buchhandlung Wilh. Bell jr., Halver,

Olympia

SCHREIBMASCHINE

Europa Schreibmaschinen A.G.

Berlin, Breslau, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Erfurt,
Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig,
Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart